

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 4

Artikel: Ist Amerika an den europäischen Wirtschaftsnöten schuld? : Ein Beitrag zum Thema "Kapitalismus oder Gemeinwirtschaft"
Autor: Lauterbach, Albert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330638>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

arbeiterinnen in der Schweiz, welche die Wohltat bezahlter Ferien nur vom Hörensagen kennen.

Ich habe mich in diesem Aufsatz darauf beschränkt, nur andeutungsweise einige Fragen des Problems der Frauenarbeit in der Industrie aufzuzeigen. Beruf und Mutterschaft, Lohnarbeit und Kindespflege ist eines der folgenschwersten und schwierigsten aller sozialen Probleme. Versuchen wir es so zu lösen, wie es die Wohlfahrt der Frauen und der kulturelle Fortschritt der Menschheit erfordern.

Ist Amerika an den europäischen Wirtschaftsnöten schuld?

Ein Beitrag zum Thema «Kapitalismus oder Gemeinwirtschaft».

Von Dr. Albert Lauterbach, Wien.

Seit dem Weltkrieg befindet sich die europäische Wirtschaft in einer Dauerkrise, deren Wirkungen selbst durch einzelne Zeiträume scheinbar guter Konjunktur nie ganz aufgehoben werden. Fast in allen europäischen Ländern besteht eine *Massenarbeitslosigkeit*, die auch in Zeiten günstiger Industriebeschäftigung bestenfalls gemildert wird. Und besonders die sogenannten «*alten Industrien*», wie der Kohlenbergbau, die Textilindustrie, der Schiffbau, leiden beinahe unabhängig von den allgemeinen Konjunkturschwankungen unter höchst mangelhaften Absatzmöglichkeiten; ihre Krise stellt ja eben jetzt die Arbeiterregierung des klassischen Industrielandes Großbritannien vor außerordentlich schwierige Aufgaben.

Es ist in den letzten Jahren üblich geworden, für diese Wirtschaftsnöte Europas dasjenige Land verantwortlich zu machen, das heute immer noch in der öffentlichen Meinung fast aller Schichten als der eigentliche «Kriegsgewinner» gilt: die *Vereinigten Staaten von Amerika*. Ihre bis vor kurzem sehr günstige Wirtschaftslage, die hohe Lebenshaltung ihrer Bevölkerung, ihre Gläubigerstellung gegenüber den wichtigsten europäischen Ländern scheinen unzweideutig darauf hinzuweisen.

Die amerikanische Schutzzollpolitik.

Ein deutscher Wirtschaftsforscher hat es nunmehr unternommen, vorurteilslos die Zusammenhänge zwischen amerikanischer Konjunktur und europäischer Dauerkrise zu prüfen, soweit eine bewußte Wirtschaftspolitik Amerikas dabei hineinzuspielen scheint*. Und er kommt an Hand eines überaus reichen

* Dr. Wilhelm Grotkopp, Amerikas Schutzzollpolitik und Europa, Berlin 1929.

Untersuchungsmaterials und nach gewissenhafter Durchforschung der Verhältnisse in jedem halbwegs bedeutenden Wirtschaftszweig zu dem Ergebnis, daß zunächst die *Absicht* der amerikanischen Wirtschaftspolitik ganz klar dahin geht, die Konkurrenz des europäischen Kapitalismus für jede Ware gänzlich auszuschalten, die überhaupt in Amerika erzeugt werden kann. Der größte, geschlossenste und kaufkräftigste Absatzmarkt der Welt wird insbesondere seit dem Hochschutzzolltarif vom Jahre 1922, dem sogenannten Fordneytarif, systematisch und erbarmungslos mit phantastisch hohen Zöllen gegen jede Zufuhr europäischer Waren abgesperrt. Nicht etwa, als ob man nur darauf bedacht wäre, die wirklich schutzbedürftigen Industriezweige vor der europäischen Konkurrenz zu bewahren; gerade diejenigen von ihnen, die diesen Schutz am wenigsten notwendig haben, wie etwa die Stahlindustrie, haben sich ihn am gründlichsten zu sichern verstanden.

Ueberhaupt bedeutet die gegenwärtige amerikanische Wirtschaftspolitik, wie aus diesem Buche klar hervorgeht, einen so vollendeten *Widerspruch zur ursprünglichen Wirtschafts-ideologie des Kapitalismus*, wie wir ihn nicht einmal im Zeitalter der bürgerlichen Artikel-48-«Demokraten» gewohnt sind. Wir wollen vom einstigen Ideal des *internationalen Freihandels*, der internationalen Arbeitsteilung ganz absehen; dieses Ideal ist schon im 19. Jahrhundert zugleich mit dem Verlust des geschichtlichen Vorsprungs des englischen Industriekapitalismus untergegangen. Und auch der Gedanke des «*Erziehungszolles*», der der Industrie des eigenen Landes nur über die Kinderkrankheiten hinweghelfen und dann wieder verschwinden soll, ist längst durch die wirtschaftspolitische Entwicklung überholt. Aber nicht einmal das bloß merkantilistische Ideal «möglichst große Ausfuhr, möglichst kleine Einfuhr», das doch immerhin noch wenigstens in dem einen Teil das Verlangen nach *internationalen Wirtschaftsbeziehungen* enthält, genügt heute mehr den Amerikanern. Sie wissen besser als die Merkantilisten des 18. Jahrhunderts und ihre Nachfolger im Europa der Nachkriegszeit, daß es auf die Dauer *keine Ausfuhr ohne Einfuhr* geben kann. Aber sie ziehen daraus nicht die Folgerung, den freien Warenaustausch zwischen den Ländern und Erdteilen zu fördern, sondern umgekehrt diejenige, sich in der Produktion und selbst im Absatz der Waren soweit als möglich auf ihr eigenes Land zu beschränken, um in beidem von den europäischen Wirtschaftsnöten unabhängig zu sein.

Schutzzölle und hohe Löhne.

Der wirtschaftspolitische Gedankengang des Durchschnittsamerikaners ist dabei ungefähr folgender: Die günstige Lage der amerikanischen Wirtschaft ist — oder war — vor allem auf die große *Kaufkraft des Inlandsmarktes* zurückzuführen. Diese

große Kaufkraft wird erst ermöglicht durch das *hohe Lohnniveau* des amerikanischen Arbeiters. Dieses Lohnniveau zu halten, ist aber nur möglich, wenn man die im Auslande von weitaus schlechter entlohnten Arbeitern erzeugten Waren durch *hohe Zölle* vom amerikanischen Markte fernhält, das «soziale Dumping» verhindert.

Dieser Gedankengang hat dazu geführt, daß heute eigentlich alle Klassen der Vereinigten Staaten schutzzöllnerisch gesinnt sind; das gilt auch für die *Gewerkschaften*, weniger vielleicht für Programme als für ihre Praxis. Auch die amerikanische *Landwirtschaft*, die ursprünglich freihändlerisch eingestellt war, bekämpft heute nicht mehr grundsätzlich die Industriezölle, sondern verlangt nur ihre Ergänzung durch entsprechend hohe Agrarzölle; diese geistige Umstellung der Farmer ist vor allem eine Folge der fortschreitenden Industrialisierung auch des agrarischen Südens, die das Interesse der amerikanischen Landwirtschaft am Weltmarkte vermindert.

Der ursächliche Zusammenhang zwischen Schutzzöllen, hohen Löhnen und Konjunktur ist sicher nicht so einfach, wie sich ihn der Durchschnittsamerikaner bisher vorgestellt hat; die vorteilhafte Wirtschaftslage Amerikas wäre ohne seine günstigen natürlichen und geschichtlichen Voraussetzungen mit noch so hohen Zöllen nicht herstellbar gewesen. Aber man muß zugeben, daß während langer Zeit durch die Zollabsperrung die amerikanische Wirtschaft gegen die Schwankungen der Weltkonjunktur in hohem Maße immunisiert worden ist. Denn auf dem *Weltmarkt*, wo diese künstliche Kräfteverschiebung fehlt, ist die amerikanische Industrie der europäischen *keineswegs überlegen*, wenn man von der zeitweiligen Verdrängung der europäischen Waren in manchen Kolonialländern als Folge des Weltkrieges absieht. Gerade der Rationalisierungsprozeß in der amerikanischen Wirtschaft, der durch die Größe und Stärke des Innenmarktes ermöglicht wird, leidet anderseits unter dem künstlichen Zollschutz und würde an sich nicht ausreichen, um auf dem Weltmarkt die hohe Lohnbelastung der amerikanischen Waren auszugleichen.

Amerikanisches — oder kapitalistisches Verschulden?

Zweifellos verschiebt also die amerikanische Absperrungspolitik die Wirtschaftsbedingungen Europas in ungünstiger Richtung, hemmt die Verwertung des europäischen Überschusses an Arbeitskräften und an Waren. Freilich wird dadurch auch die amerikanische Ausfuhr eingeschränkt und damit auch die amerikanische Konkurrenz in Europa selbst und auf dritten Märkten. Immerhin ist heute die Ausfuhr der Vereinigten Staaten größer als ihre Einfuhr; der Rest muß von den Amerikanern als *Kapitalanlage* in Europa verwertet werden, und auch

die Zinsen aus diesen Kapitalanlagen müssen zum großen Teil wieder als Kapital in Europa verbleiben.

Es wäre aber trotzdem einseitig, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas ausschließlich auf das Konto der Amerikaner zu schreiben. Die Tatsache, daß im Jahre 1930 die amerikanische Konjunktur trotz allem Protektionismus eine *empfindliche Abschwächung* erlitten hat, zeigt deutlich, daß auch bei Europa die Wurzeln des Uebels tiefer liegen müssen. Auch abgesehen von der amerikanischen Schutzzöllnerei, wirkt in der Nachkriegszeit *eine ganze Reihe von Kräften* dahin, den einstigen Vorsprung Europas in der kapitalistischen Entwicklung immer mehr zu beseitigen und damit auch das innere Gleichgewicht des Kapitalismus als System dauernd zu stören: zunächst die ungeheure *Kapitalvernichtung* durch den Krieg selbst, dann die *Industrialisierung Asiens* mit inneren nationalrevolutionären Folgen, *technische Umwälzungen*, wie die teilweise Verdrängung der Kohle durch das Erdöl, die Verschärfung der *Landwirtschaftskrise*, die Entwicklung des *Bolschewismus in Rußland* und nicht zuletzt die politische Erschütterung durch den Aufschwung der *Arbeiterbewegung* in der Nachkriegszeit. Weit davon entfernt, den Hoffnungen der Kommunisten gemäß selbsttätig zusammenzubrechen, hat doch der europäische Kapitalismus mit seinem geschichtlichen Vorsprung auch seine *innere Stabilität verloren*, sich zur Beherrschung der Wirtschaftsprobleme ungeeignet erwiesen, die er selbst aufgeworfen hat. Und zugleich zeigt auch die letzte Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus, daß auch seine Zaubermittel auf die Dauer das *Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems* nicht aufzuhalten vermögen.

Buchbesprechung.

«Annalen der Gemeinwirtschaft.»

6. Jahrgang, 2. Heft.

In einer Zeit, da die Frage der Durchführbarkeit des Fünfjahresplanes auf der historischen Tagesordnung steht, ist eine objektive Darstellung der Voraussetzungen und voraussichtlichen wirtschaftlichen Folgen dieses gigantischen Versuches bolschewistischer Verzweiflungspolitik sehr zu begrüßen. Heft 2 des 6. Jahrganges der «Annalen der Gemeinwirtschaft» stellt den vom Herausgeber Edgar Milhaud einläßlich erörterten Versuch dar, das Problem des Fünfjahresplanes von allen Seiten zu beleuchten. Leider sind Milhauds Versuche, auch bolschewistische Mitarbeiter heranzuziehen, erfolglos geblieben. Milhaud mußte sich damit begnügen, aus der russischen Zeitschrift «Die sozialistische Wirtschaft» einen 1929 erschienenen Programmartikel des Hauptschriftleiters M. Bronski, «Das sozialistische Programm für die Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft der UdSSR. während der nächsten fünf Jahre», in wörtlicher Uebersetzung zum Abdruck zu bringen.

Bronski vertritt in diesem Artikel den offiziellen Standpunkt der russischen Regierung. Bronski glaubt, daß bei der Aufstellung des Fünf-